

Niederschrift

zur zusätzliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2014/2019) gemäß § 34, Abs. 2 Nr. 1 der Brandenburgischen Kommunalverfassung (bbgKVerf)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Donnerstag, den 18.01.2018	18.30-19.50 Uhr	Festsaal des Alten Rathauses

Anwesenheit

Vorsitz

Jürgen Teichmann ,

Fraktion DIE LINKE.

Jutta Bargenda , Rene Benz , Monika Fiedler , Jürgen Grasnick , Gerold Sachse , Stephan Wende ,
CDU/FDP-Fraktion

Eberhard Henkel , Rolf Hilke , Jens Hoffrichter , Reinhard Ksink , Wolfgang Petenati , Petra Schumann ,

Bündnis Fürstenwalder Zukunft (BFZ)

Christian Dippe , Thomas Fischer , Kai Hamacher , Christina Krüger , Anja Miethke , Matthias Rudolph , Janett Seiler ,

SPD-Fraktion

Klaus Hemmerling , Jürgen Luban , Sebastian Rausch , Klaus Runge , Elke Wagner ,

Alternative für Deutschland (AfD)

Ulrich Anke , Lars Aulich ,

Bündnis 90/Die Grünen

Peter-Frank Apitz , Jens-Olaf Zänker ,

Bürgermeister

Hans-Ulrich Hengst ,

Verwaltung

Dr. Eckhard Fehse , Franka Koch , Christfried Tschepe ,

Abwesend

CDU/FDP-Fraktion

Uwe Koch entschuldigt, Karin Lehmann entschuldigt,

SPD-Fraktion

Stefan Sarrach entschuldigt,

TOP 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Die Stadtverordneten und Gäste der Stadtverordnetenversammlung werden herzlich begrüßt. Der Vorsitzende eröffnet die zusätzliche Sitzung.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit

Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Anwesenheit fest. Es sind 29 Stadtverordnete anwesend. Der Bürgermeister ist entschuldigt.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Zustimmung Ja 29 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 4 Informationen des Vorsitzenden

Der Vorsitzende informiert über die am 27.1.2018 um 10.00 Uhr stattfindende Kranzniederlegung zu Ehren der Opfer des Nationalsozialismus auf dem Ottomar-Geschke-Platz. Außerdem lädt er die Fraktionsvertreter zur Beratung am 23.1.2018 um 18.00 Uhr über die Hauptsatzung ein.

TOP 5 Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

TOP 6 Behandlung der Tagesordnung des öffentlichen Teils der Sitzung

TOP 6.1 Aufhebung der Entlastung des jeweiligen Hauptverwaltungsbeamten 6/AN/642 der Jahre 2007, 2008, 2009, 2010 und 2016 und juristische Prüfung der Möglichkeit der Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen wegen der Auswirkungen der Abschlüsse verbotener Spekulationsgeschäfte

Zunächst meldet sich für die einbringende Fraktion Herr Rudolph zu Wort. Bei den dargestellten Sachverhalten handelt es sich ausschließlich um die Abschlüsse der verbotenen spekulativen Finanzgeschäfte (2 CHF Plus-Swaps). Er betont u.a. auch, dass die nachträgliche Genehmigung der Geschäfte, insbesondere unter dem Aspekt, dass bereits hohe Verluste aufgelaufen waren, hier zur Diskussion steht. Der damalige Kämmerer und der Bürgermeister haben diese Verluste noch vor der Beschlussfassung mittels Umstrukturierung verschleiert. Die Umstrukturierung führte zu einer Verlängerung der Laufzeit und zu einer Verschlechterung der Bedingungen. Durch etwaige Provisionszahlungen ist der entstandene Schaden möglicherweise noch vergrößert worden. Es wiegt schlimm, dass Stadtverordnete und Öffentlichkeit über die tatsächlichen Gegebenheiten nicht informiert und Beschlüsse erwirkt wurden. Mit dem Beschluss 5/024 im Dezember 2008 hätten die beiden CHF Plus-Swaps sofort aufgelöst werden müssen, da sie nicht mit dem Runderlass des Landes Brandenburg vereinbar waren. Stattdessen wurden die beiden Geschäfte in 2009 und 2010 erneut nachteilig umstrukturiert, um aufgelaufene Verluste zu verschleiern.

Er fragt, ob alle Stadtverordneten voll umfänglich von diesen Sachverhalten Kenntnis hatten und ob sie Ende 2008 in Kenntnis dieser Sachverhalte ebenfalls ihre Zustimmung zur nachträglichen Genehmigung der Geschäfte gegeben hätten.

Die Stadtverordneten hatten 2012 entschieden, gegen die beratende Bank auf Schadenersatz zu klagen. Das war gut und richtig, um den entstandenen Schaden zu verringern. Die Klage endete dann mit einem Vergleich, dem die Stadtverordneten zustimmen mussten, um den Schaden für die Stadt nicht noch zu vergrößern. Auch das, so Herr Rudolph, war richtig.

Er erinnert weiter an die Pflicht, jeden Schaden von der Stadt abzuwenden oder zu verringern. Deshalb wäre es konsequent, nun wie beantragt zu verfahren. Die Entlastung des Bürgermeisters soll für die betreffenden Jahre aufgehoben werden und zu prüfen, inwieweit die Vermögensschadenshaftpflichtversicherung greifen könnte. Das soll geprüft werden.

Herr Wende ist verärgert über diese Behauptungen ohne Nachweise, Meinungen ohne Argumente. Dass diese Sondersitzung zustande gekommen ist, hat ein „Geschmäcke“. Zudem geht er darauf ein, dass suggeriert wird, dass es etwas Neues gibt, was die Stadtverordneten in der Form noch nicht kannten. Er zitiert aus dem Protokoll der STVV vom 2.10.2009 zur Bestätigung des Jahresabschlusses 2007. Dort ist genau nachzulesen, dass die Fraktion B90/Die Grünen zur Entlastung des Bürgermeisters keine Zustimmung gibt. Er begründete das mit den o.g. Geschäften. Insofern, so Herr Wende, kann man schon erkennen, dass die Stadtverordneten im Wissen um den Sachverhalt nach Abwägung aller Interessen eine mehrheitliche Entscheidung getroffen haben. 2008 hatte man noch nicht das Wissen von 2017 und so ist es müßig, darüber nachzudenken, ob die Entscheidung von damals, heute eine andere wäre. Er führt an, dass faktisch nichts vorliegt, was heute zu der Entscheidung veranlassen sollte, die Beschlüsse zu den Jahresabschlüssen aufzuheben.

Weitere Wortmeldungen in der Diskussion beziehen sich auf den Austausch weiterer Argumente und Gegenargumente um den Sachverhalt. Der Erste Beigeordnete erinnert in diesem Zusammenhang an die Beschlussfassung bzw. Korrektur des Jahresabschlusses 2015.

Worauf Herr Rudolph zu Protokoll gibt, dass die BFZ-Fraktion die Auffassung vertritt, dass Herr Dr. Fehse in dieser Angelegenheit befangen sei und hierzu das Wort nicht ergreifen darf. Er war es, der die Umstrukturierung im 2010 unterschrieben hat. Dr. Fehse persönlich kann seine Befangenheit nicht erkennen. Auch die „langgedienten“ Stadtverordneten sehen ihre Befangenheit in diesem Prozess nicht.

Herr Hoffrichter bittet schließlich, zum Antrag der BFZ-Fraktion zurückzukommen und erläutert u.a., dass das Gespräch am 19.4.2017 keine neuen Erkenntnisse zutage förderte, denn zu diesem Zeitpunkt war bereits der Vergleich abgeschlossen und kommuniziert, dass diese Geschäfte Spekulationsgeschäfte waren.

Frau Wagner erinnert an kollektive Entscheidungen zu den Jahresabschlüssen, die im Gremium mehrheitlich getroffen wurden. Sie findet es deshalb ungehörig, nun einzelne Personen dafür an den Pranger zu stellen.

Herr Zänker stimmt insoweit zu, dass es für die mehrheitliche Zustimmung zu den Jahresabschlüssen nunmehr gute Gründe geben müsste, diese aufzuheben. Da es heute nicht rechtsicher abzufassen ist und mit erheblichen Kosten in einem Rechtsstreit münden würde, formuliert er, die vielen ungeklärten Fragen und den Sachverhalt in die Ausschüsse zurückzuverweisen, um sich ernsthaft damit zu befassen.

Dieser Vertagungsantrag von Herrn Zänker wird mit 13 Ja- und 16 Gegenstimmen abgelehnt.

Nachdem Herrn Rudolph noch einmal Gelegenheit gegeben wird, den Antrag seiner Fraktion zu begründen und er abschließend eine namentliche Abstimmung beantragt, lässt der Vorsitzende über den zweigeteilten Antrag der BFZ-Fraktion abstimmen.

1. Aufgrund neuer Tatsachen, die der Stadtverordnetenversammlung im April 2017 bekannt geworden sind, beschließt sie, die Entlastung des jeweiligen Hauptverwaltungsbeamten für die Haushaltsjahre 2007, 2008, 2009, 2010 und 2016 zurückzunehmen. Die entsprechenden Beschlüsse werden aufgehoben.

Name:	Ja	Nein	Enthaltung
Anke, Ulrich		x	
Apitz, Peter	x		
Aulich, Lars		x	
Bagenda, Jutta		x	
Benz, Rene		x	
Dippe, Christian	x		

Fiedler, Monika		x	
Fischer, Thomas	x		
Grasnick, Jürgen		x	
Hamacher, Kai	x		
Hemmerling, Klaus		x	
Henkel, Eberhard		x	
Hilke, Rolf			x
Hoffrichter, Jens		x	
Koch, Uwe entschuldigt			
Krüger, Christina	x		
Ksink, Reinhard		x	
Lehmann, Karin entschuldigt			
Luban, Jürgen		x	
Miethke, Anja	x		
Petenati, Wolfgang		x	
Rausch, Sebastian		x	
Rudolph, Matthias	x		
Runge, Klaus		x	
Sachse, Gerold			x
Sarrach, Stefan entschuldigt			
Schumann, Petra		x	
Seiler, Janett	x		
Teichmann, Jürgen		x	
Wagner, Elke		x	
Wende, Stephan		x	
Zänker, Jens-Olaf	x		
Hengst, Hans-Ulrich entschuldigt			

Damit ist dieser Beschlussvorschlag Nr. 1 mit 9 Ja- und 19 Neinstimmen sowie 1 Enthaltung abgelehnt.

- Der Vorsitzende und seine Stellvertreter werden beauftragt, das Rechnungsprüfungsamt zu beauftragen, unverzüglich eine Großkanzlei zu beauftragen, um zu prüfen inwieweit Schadensersatzansprüche auf dem zivilrechtlichen Weg geltend gemacht werden können. Dies muss sofort veranlasst werden, um im Falle einer positiven Prüfung eine Klage einzureichen bzw. den Streit zu verkünden und eventuelle Verjährung von Ansprüchen zu verhindern.

Name	Ja	Nein	Enthaltung
Anke, Ulrich		x	
Apitz, Peter	x		
Aulich, Lars		x	
Bagenda, Jutta		x	
Benz, Rene			x
Dippe, Christian	x		
Fiedler, Monika		x	
Fischer, Thomas	x		
Grasnick, Jürgen		x	
Hamacher, Kai	x		
Hemmerling, Klaus		x	
Henkel, Eberhard		x	
Hilke, Rolf			x
Hoffrichter, Jens		x	
Koch, Uwe entschuldigt			
Krüger, Christina	x		
Ksink, Reinhard		x	

Lehmann, Karin entschuldigt		
Luban, Jürgen		x
Miethke, Anja	x	
Petenati, Wolfgang		x
Rausch, Sebastian		x
Rudolph, Matthias	x	
Runge, Klaus		x
Sachse, Gerold		x
Sarrach, Stefan entschuldigt		
Schumann, Petra		x
Seiler, Janett	x	
Teichmann, Jürgen		x
Wagner, Elke		x
Wende, Stephan		x
Zänker, Jens-Olaf	x	
Hengst, Hans-Ulrich entschuldigt		

Teil 2 des Beschlussvorschlages wird mit 9 Ja- und 18 Gegenstimmen sowie 2 Enthaltungen abgelehnt.

TOP 7 Informationen der Verwaltung

Es liegen keine Informationen der Verwaltung vor.

TOP 8 Anfragen der Stadtverordneten

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

TOP 9 Schließung der Sitzung

Der Vorsitzende schließt die Sitzung. Die Niederschrift umfasst 4 Seiten.

Jürgen Teichmann

Franka Koch

Vorsitzender

Schriftführerin